

Aktivistische Attacke

Nawalny, Putin und die Möglichkeit politischer Gegnerschaft in einer modernen Autokratie¹

1. Einleitung

Am 28. Januar 2018 folgten rund 4.700 Russinnen und Russen Aleksej Nawalnys Aufruf zum »Wählerstreik« (*sabastowka isbiratelej*). Sie versammelten sich in über 100 russischen Städten zu Kundgebungen und Protestmärschen, auf denen sie Putin und seine Regierung massiv kritisierten und die anstehenden Präsidentschaftswahlen als Farce verspotteten. 371 von ihnen, darunter Nawalny und zahlreiche Mitglieder seiner regionalen Wahlkampfkomitees, wurden verhaftet, befanden sich aber mehrheitlich bereits nach wenigen Stunden wieder auf freiem Fuß.² Mit seinem Streikaufruf reagierte Nawalny auf die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission, die ihm am 25. Dezember 2017 offiziell die Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen am 18. März 2018 verwehrt hatte. Nawalnys unmittelbare Klage gegen diese Entscheidung vor dem russischen Obersten Gericht scheiterte, ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der Nawalny am 24. Januar 2018 in dieser Angelegenheit angehört hatte,³ steht bislang aus.

Die abweisende Entscheidung der Zentralen Wahlkommission und die prompte Reaktion Nawalnys und seiner Anhängerschaft markieren eine weitere Eskalationsstufe im Verhältnis zwischen Nawalny und der politischen Führung. Und sie läuten eine neue Etappe in Nawalnys Kampagne ein, die seit ihrem offiziellen Beginn im Dezember 2016 eine stetig wachsende Anzahl von Unterstützerinnen und Unterstützern fand und zudem eine Dynamik entwickelt hat, die nicht bloß in- und ausländische Beobachterinnen und Beobachter verblüfft, sondern vermutlich auch die amtierende russische Regierung auf dem falschen Fuß erwischt hat. Im Zuge seiner Kampagne, so das einhellige Urteil von Vertreterinnen und Vertretern der soge-

1 Mein Dank für Anregungen und konstruktive Kritik gilt Pascal Goeke, Anna Skripchenko und den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern. Der Aufsatz ist im Kontext des von der DFG geförderten Forschungsprojekts »Überleben in widrigen Umwelten: Eine politische Soziologie von Nichtregierungsorganisationen in autokratischen Regimen am Beispiel Russlands« entstanden.

2 Vgl. zur Teilnehmerzahl: <https://meduza.io/live/2018/01/28/zabastovka-izbirateley-po-vs-ey-rossii-hronika> (Zugriff vom 02.03.2018); vgl. zur Anzahl der Verhaftungen: <https://ovdinfo.org/news/2018/01/28/28-yanvarya-spiski-zaderzhannyh> (Zugriff vom 02.03.2018); vgl. *TV Doshd*, Sendung *Sdes i sejtshas* vom 29. Januar 2018: https://tvrain.ru/teleshov/here_and_now/obezglavit_protest-456269/ (Zugriff vom 29.01.2018).

3 Vgl. zur EGMR-Anhörung: <https://navalny.com/p/5721/> (Zugriff vom 02.03.2018).

nannten außersystemischen Opposition, gelang es Nawalny gegen alle Widerstände, sich als sichtbare Alternative zu Putin zu positionieren.⁴

Mit theoretischer Distanz betrachtet, illustriert der Fall Nawalyns nicht bloß politische Repressionen im Vorfeld einer undemokratischen Wahl. Vielmehr ist er ein Lehrstück für die Bedingungen und Mechanismen politischer Inklusion in Autokratien, das heißt der Berücksichtigung und Adressierbarkeit von Personen im politischen System.⁵ Dabei zeigt sich, dass die Muster politischer Inklusion nicht nur für die Funktionsweise des Regimes entscheidend, sondern auch stets hart umkämpft sind. In diesem Kampf können sich Dynamiken entwickeln, die von der politischen Führung kaum mehr zu kontrollieren sind. Im Umkehrschluss folgt daraus, dass die allgemeine Analyse der Inklusionsmuster und die besondere Berücksichtigung der Frage, wer für das Regime Feind und wer Gegner ist,⁶ wichtige Schlüssel zum Verständnis autokratischer Ordnungen und ihrer Veränderungen sind. Dies gilt umso mehr, da Russland unter Putin für eine Form autokratischer Herrschaft steht, die zwar in verschiedenen Hinsichten an sowjetische Strukturen anschließt (etwa mit Blick auf ihre politische Symbolik oder die geopolitische Positionierung gegenüber dem »Westen«), sich jedoch zugleich von ihrer eigenen totalitären Vergangenheit absetzt, indem sie auf umfassende Ideologie, auf Massenerziehung und auf Massenrepression verzichtet.⁷ Das gegenwärtige politische Regime Russlands fügt sich ins Bild moderner Autokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die ideologisch vergleichsweise sparsam – wenn auch nicht vollkommen ideologiefrei – auftreten und ihre Stabilität maßgeblich aus starken politischen Führungsfiguren und der Konstruktion innerer und äußerer Feinde beziehen. Dabei achten sie auf die Wahrung einer demokratischen Fassade und bekämpfen politische Gegner folglich weniger mit physischer Gewalt und offener Zensur, sondern primär mittels subtilerer und weniger offensichtlicher Methoden.⁸

Der analytische Fokus auf Muster politischer Inklusion erlaubt es, die Funktion und Wirkungsweise solcher Methoden der Gegnervermeidung im Regimekontext zu verstehen. Wenn Identitäten Effekte ihrer Kontexte sind, die sie selbst mit hervorbringen,⁹ dann zeigt das Beispiel Nawalyns, dass und wie sich politische Gegnerschaft in einer modernen Autokratie gegen alle Widerstände entlang der Selbst-

4 Vgl. zum Beispiel *Echo Moskvy*, Sendung *Osoboe Mnenie* vom 3. Oktober 2017 mit der Journalistin Ewgenija Albaz: <https://echo.msk.ru/programs/personalno/2066124-echo/> (Zugriff vom 24.11.2017); ähnlich äußert sich auch der Politologe Gleb Pawlowskij unter anderem in *Echo Moskvy*, Sendung *Polnyj Albaz* vom 2. Oktober 2017: <https://echo.msk.ru/programs/albac/2065550-echo/> (Zugriff vom 24.11.2017).

5 Vgl. zu diesem Inklusionsbegriff Luhmann 1997, S. 618–634; Stichweh 2005 b.

6 Vgl. zur Feind-Gegner-Unterscheidung Mouffe 2000, S. 101 ff.

7 Vgl. dazu die klassische Unterscheidung totalitärer und autokratischer Regime von Linz 1975; zur Funktionsweise des sowjetischen Regimes vgl. Moser 2015, S. 33 ff.; zu sogenannten neuen Autokratien vgl. Case 2017.

8 Siehe zu stabilisierenden Faktoren moderner Autokratien zum Beispiel Gerschewski et al. 2013; Guriev, Treisman 2015; Puddington 2017.

9 Nassehi 2002, S. 231.

inszenierung des Regimes und seiner Strategien der Gegnervermeidung formt und ihrerseits auf die politische Ordnung zurückwirkt. Um dieses Wechselspiel in seiner konkreten Dynamik zu begreifen und in seiner Bedeutung für moderne Autokratien zu verstehen, soll im Folgenden erstens Nawalnys politischer Werdegang bis hin zur jüngsten Präsidentschaftskampagne dargestellt werden. Beobachtet man zweitens diesen Werdegang inklusionstheoretisch und mittels der Unterscheidung von Gegnern und Feinden, dann finden sich Indizien, die darauf schließen lassen, dass es Nawalny gelang, sich der politischen Führung als Gegner förmlich aufzudrängen. Drittens werden zwei Kernprinzipien des Putin-Regimes – die Idee nationaler Souveränität und passive Vollinklusion durch die Person Putins – rekonstruiert. Ausgehend davon versucht die politische Führung, Gegner zu vermeiden, indem sie sie zu Feinden erklärt, deren politische Mitwirkung *per se* als illegitim gilt. Im konkreten Kontext dieser politischen Ordnung erfolgt viertens eine Analyse von Nawalnys Kampagne. Ihr Erfolg, so das zentrale Argument, beruht maßgeblich darauf, dass sie sich an Putins Politik inhaltlich anschmiegt, ideologische Kollisionen vermeidet und so die Möglichkeiten der politischen Führung zur Gegenwehr massiv einschränkt. Im dadurch entstehenden Spielraum attackiert Nawalnys Kampagne die Prinzipien der Putin-Herrschaft auf der operativen Ebene unmittelbar, indem sie Putins Sonderstellung durch Aufklärung unterläuft und Nawalny als aktivistische Alternative zu Putins passiver Form der Publikumsinklusion positioniert.

2. Der »Kandidat gegen Korruption«

Die politische Karriere des 1976 geborenen Aleksej Nawalny begann in den späten 1990er Jahren in der sozialliberalen Partei »Jabloko«. Zeitweise gehörte er ihrem Vorstand an, doch wegen seiner Kritik an der Parteiführung oder aufgrund seiner unverhohlenen Sympathie für nationalistisch-rassistische Positionen – es kursieren verschiedene Begründungen – schloss die Partei ihn 2007 aus. Tatsächlich nahm Nawalny mehrfach an den ultranationalistischen »Russischen Märschen« teil und initiierte nach seinem Parteiausschluss die nationalistische Gruppierung »Narod« (Volk), die jedoch nur vorübergehend Bestand hatte (2007–2008).¹⁰ Trotz seiner später betont vollzogenen liberalen Positionierung scheinen nationalistische Ideen auch in seinen jüngeren Äußerungen immer wieder durch, beispielsweise in seinen Ansichten zu Migration oder seiner Haltung zur russischen Annexion der Krim, die er aus verfahrenstechnischen, nicht aber aus moralischen Gründen kritisiert.¹¹

Einem breiteren Publikum aus mehrheitlich jungen urbanen Russinnen und Russen wurde Nawalny über seine Blogs und diverse interaktive Onlineprojekte bekannt, die sich um ausgesprochen alltagsnahe Themen wie den Zustand der Straßen (*rosyama.ru*), Probleme im kommunalen Wohnungsbau (*roszhk.ru*) oder die

¹⁰ Vgl. zum politischen Werdegang Nawalnys detailliert Dollbaum 2016; Gabowitsch 2017, S. 108 f.; Ioffe 2013; Laruelle 2014.

¹¹ Vgl. zum Beispiel TV *Doshd*, Sendung *Sobtschak* vom 9. Juni 2017: https://tvrain.ru/teleshows/sobchak_zhivem/navalniy-436786/ (Zugriff vom 11.02.2018).

Warmwasserversorgung¹² drehen. Das Muster dieser Onlineprojekte ist immer ähnlich: Nutzerinnen und Nutzer werden über die Verbreitung eines Missstands, über öffentliche Zuständigkeiten und über die eigenen Rechte als Bürgerinnen und Bürger Russlands aufgeklärt. Zugleich werden ihnen Instrumente zur Hand gegeben, um eigenständig gegenüber der Verwaltung aktiv zu werden, etwa indem über die entsprechenden Websites konkrete Probleme veröffentlicht sowie Beschwerden an die zuständigen Behörden formuliert und verschickt werden. Auch die Problembearbeitungen lassen sich online nachverfolgen. Insgesamt wirken die Onlineprojekte durch die öffentliche Sammlung und Dokumentation von Einzelfällen auf die Bildung eines Kollektivs der Betroffenen hin: Jede und jeder Einzelne, so die Botschaft, ist mit ihren oder seinen Anliegen nicht allein, sondern Teil einer Gemeinschaft wehrhafter Leidensgenossinnen und -genossen.

Die Korruption in Politik und Verwaltung, die Nawalny als Hauptursache russischer Missstände identifiziert, entwickelte sich schließlich zu seinem Kernthema, und die Korruptionsbekämpfung ist heute sein Markenzeichen. Mit großem Aufwand und ausgeklügelten Methoden recherchiert die 2011 von ihm gegründete »Stiftung für Korruptionsbekämpfung« (*Fond borby s korrupziej*) Korruptionsfälle in der politischen Elite Russlands und deren unmittelbarem Umfeld, rekonstruiert die dahinterstehenden Netzwerke und bereitet die Ergebnisse in Form von Websites und Online-Reportagen auf.¹³ Besondere Aufmerksamkeit auch außerhalb Russlands erfuhr die im März 2017 veröffentlichte Dokumentation »Nennt ihn nicht Dimon« (*On wam ne Dimon*), die das Korruptionsnetzwerk rund um den Premierminister Dmitrij Medwedjew rekonstruiert und bis Juli 2018 mehr als 27 Millionen Aufrufe verzeichnete.¹⁴ Motiviert durch das öffentliche Tagebuch eines Escort-Girls, widmet sich ein jüngeres Stiftungsprojekt der Beziehung zwischen dem Oligarchen Oleg Deripaska und dem stellvertretenden Regierungsvorsitzenden Sergej Prichodko im Kontext der vermuteten russischen Einflussnahme auf die US-Präsidentschaftswahlen.¹⁵ Zwei Tage nach der Veröffentlichung des Videos wurde Nawalnys Website auf Geheiß der russischen Medienaufsicht zunächst gesperrt.

Als zentrale Oppositionsfigur etablierte Nawalny sich im Rahmen der Massenproteste, die aufgrund von Wahlmanipulationen bei den Parlamentswahlen im Dezember 2011 begannen und sich bis zur Präsidentschaftswahl im März 2012 fortsetzten.¹⁶ Er prägte die Bezeichnung »Partei der Gauner und Diebe« (*partija shulikow i worow*) für die sogenannte Partei der Macht »Einiges Russland« (*Jedinaja Rossija*), die zu einer zentralen Parole der Proteste wurde. Seine Bekanntheit in der russischen Bevölkerung stieg zwischen April 2011 und Juni 2012 von sechs

12 Siehe <https://fbk.info/blog/post/379/> und <https://fbk.info/investigations/post/250/> (Zugriffe vom 16.03.2018).

13 Siehe <https://fbk.info> (Zugriff vom 13.07.2018).

14 Siehe www.youtube.com/watch?v=qrwk7_GF9g (Zugriff vom 05.07.2017).

15 Siehe www.youtube.com/watch?time_continue=100&v=RQZr2NgKPiU (Zugriff vom 16.02.2018); eine Woche nach seiner Veröffentlichung verzeichnete das Video knapp 5,5 Millionen Klicks.

16 Vgl. dazu ausführlich Gabowitsch 2017; Greene 2014, S. 202 ff.

auf 35 Prozent¹⁷ – eine auch deshalb bemerkenswerte Entwicklung, weil die staatlichen Medien, aus denen die große Mehrheit der russischen Bevölkerung politische Informationen bezieht, Nawalny beharrlich ignorierten. Unter anderem getragen vom euphorischen Nachhall der Proteste, errang Nawalny bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen im September 2013 einen Überraschungserfolg von 27 Prozent gegen den Amtsinhaber Sergej Sobjanin. Wenige Wochen zuvor, im Juli 2013, war er vom Regionalgericht in Kirow wegen Betrugs zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, die jedoch am Tag nach dem Urteilsspruch überraschend von der Staatsanwaltschaft zunächst bis zum Berufungsverfahren (was seine Kandidatur in Moskau erst ermöglichte) und später zur Bewährung ausgesetzt wurde. Im Dezember 2017 begründete die Zentrale Wahlkommission ihre Entscheidung, Nawalnys Präsidentschaftskandidatur nicht zuzulassen, mit ebenjener Bewährungsstrafe.¹⁸

Seine Absicht, bei den Präsidentschaftswahlen 2018 zu kandidieren, hatte Nawalny bereits im Dezember 2016 verkündet. Mit diesem frühzeitigen Schritt verschaffte er sich nicht nur zusätzliche Sichtbarkeit, sondern trieb die politische Führung in die Enge,¹⁹ weil alle rechtlichen Schritte gegen ihn fortan in verändertem Licht erschienen: Sie richteten sich nun gegen einen Präsidentschaftskandidaten, der zwar nur selbsternannt war, aber eine kaum zu ignorierende Anhängerschaft hatte. Letztere wurde größtenteils im Zuge einer beeindruckend professionellen Kampagne mobilisiert, die in ihrem Verlauf eine erstaunliche Eigendynamik entwickelte: Binnen weniger Monate gelang der Aufbau eines umfassenden Unterstützungsnetzwerks aus 81 regionalen Wahlkampfkomitees in 77 (von 85) Regionen, die jeweils aus einer Handvoll hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestanden,²⁰ und eigenen Angaben zufolge aus knapp 180.000 ehrenamtlichen Wahlkampfshelferinnen und -helfern in ganz Russland.²¹ Zentrales Wahlkampfinstrument waren die kontinuierlich in allen Regionen stattfindenden Kundgebungen

17 <https://www.levada.ru/2017/07/17/protesty-i-navalnyj/> (Zugriff vom 23.11.2017); während seiner Kampagne zur Präsidentschaftswahl stieg Nawalnys Bekanntheit weiter auf 55 Prozent im Juni 2017.

18 Zur Frage der formalen Zulassung Nawalnys zur Wahl vgl. die Stellungnahme der Zentralen Wahlkommission vom 23. Juni 2017, die Nawalny das passive Wahlrecht abspricht: www.cikrf.ru/news/cec/2017/06/23/01.html (Zugriff vom 23.11.2017); Verkündung der endgültigen Entscheidung über die Nichtzulassung Nawalnys am 25. Dezember 2017: <http://cikrf.ru/news/cec/2017/12/25/05.html> (Zugriff vom 30.12.2017); vgl. auch den Videomitschnitt der Kommissionssitzung vom 25. Dezember 2018: www.youtube.com/watch?v=b6Z6fSEErDk (Zugriff vom 30.12.2017).

19 Širjaev, Mineeva 2016.

20 Dollbaum 2016, S. 6.

21 Siehe <https://2018.navalny.com> (Zugriff vom 16.02.2018).

(»Meetings«), darunter im März und Juni 2017 die größten Proteste seit 2011/12.²² Nawalny selbst und vielen Mitgliedern seiner Regionalkomitees bescherte diese Form des Wahlkampfes regelmäßig Verhaftungen, vorgeblich aufgrund fehlender Genehmigungen der Veranstaltungen. Jedoch: Jede verbotene Kundgebung, jede Verhaftung, so scheint es, wurde innerhalb kürzester Zeit über alle größeren Städte des Landes hinweg mit kleineren oder größeren Versammlungen und Protesten beantwortet, die in der Gesamtheit weder zu ignorieren noch zu kontrollieren waren.

Nawalnys politische Inhalte lassen sich schnell darlegen und erscheinen, wie selbst wohlgesonnene Vertreterinnen und Vertreter der liberalen Opposition kritisieren, kaum als vollständiges Wahlprogramm.²³ Seine Kampagne kreist um die Formel »Steigerung des Lebensstandards durch Korruptionsbekämpfung«, die sich konsequent von der Verkündung seiner Kandidatur im Dezember 2016²⁴ bis zum Aufruf zum sogenannten Wählerstreik im Januar 2018²⁵ und darüber hinaus zieht. In seinen Videobotschaften und auf seinen Kundgebungen entwirft sich Nawalny als »Kandidat gegen Korruption«, der dem »normalen Wunsch« (*normalnoe shelanie*) der Bürgerinnen und Bürger nach einem »lebenswerten Leben« (*dostojnaja shishn*) und »anständigen Gehältern« (*prilitschnaja sarplata*) Ausdruck verleiht und die Selbstbereicherungspraxis in Politik und Verwaltung, die als Haupthindernis der Umsetzung dieses Wunsches im Wege steht, beharrlich anprangert. Die tief verwurzelte Korruption und die damit verbundenen Verteilungseffekte verhinderten eine »normale Entwicklung« Russlands, verwehrten seinen Bürgerinnen und Bürgern den Zugriff auf das von ihnen erwirtschaftete nationale Vermögen und enthielten ihnen die Möglichkeit eines »normalen Lebens« (*normalnaja shishn*) vor. Gerahmt wird dieser inhaltliche Kern von Forderungen nach politischer Dezentralisierung und einer Reform des Rechtssystems zur Einrichtung einer unabhängigen Judikative. Zu außenpolitischen Themen schweigt das Wahlprogramm. Ein wichtiges Moment der öffentlichen Darstellung der Kampagne ist überdies der betonte Verzicht auf ausländische Finanzierung. Laut eigenen Angaben beruht die Kampagne (ebenso wie die Arbeit der Stiftung für Korruptionsbekämpfung) allein auf Crowdfunding und speist sich ausschließlich aus inländischen Spenden, deren Zusammenfassung und Verwendung allmonatlich detailliert offengelegt wird.²⁶

Mit einem Sieg Nawalnys bei den Präsidentschaftswahlen 2018 wäre zweifellos auch dann nicht zu rechnen gewesen, wenn seine Kandidatur zugelassen worden

22 Die Schätzungen zu den Teilnehmerzahlen variieren stark, die Rede ist von 32.000 bis 92.000 Teilnehmern am 26. März 2017 und von 50.000 bis 98.000 am 13. Juni 2017; vgl. <https://meduza.io/feature/2017/03/27/skolko-lyudey-vyshli-na-ulitsy-26-marta-i-skolko-zaderzhali-karta-protesta> und <https://meduza.io/feature/2017/06/13/skolko-lyudey-protestovali-12-iyunya-i-skolko-zaderzhali> (Zugriffe vom 02.03.2018).

23 Nawalnys Wahlprogramm findet sich unter <https://2018.navalny.com/platform/> (Zugriff vom 23.11.2017).

24 Siehe www.youtube.com/watch?v=wkN8sSrUbdY (Zugriff vom 29.01.2018).

25 Siehe www.youtube.com/watch?v=QPXYGlo26aY (Zugriff vom 29.01.2018).

26 Vgl. für Januar 2018: <https://2018.navalny.com/post/514/> (Zugriff vom 16.02.2018).

wäre. Lew Gudkow, der Leiter des Lewada-Zentrums, Russlands wichtigstem unabhängigen Meinungsforschungsinstitut, geht davon aus, dass Nawalny selbst unter fairen Wahlkampfbedingungen kaum mehr als 20 Prozent der Stimmen erreicht hätte.²⁷ Und dennoch kann Nawalny seine Kampagne als Erfolg verbuchen: Ihm scheint es gelungen zu sein, sich in den Augen eines beträchtlichen Teils des politischen Publikums als eine Alternative zu Putin zu positionieren. Zwar fehlen verlässliche Umfragedaten,²⁸ aber Äußerungen professioneller Beobachterinnen und Beobachter der russischen Politik in den wenigen regierungsunabhängigen massenmedialen Nischen des Landes²⁹ – seien sie aus den Medien, aus der Politikwissenschaft oder aus der außersystemischen Opposition – weisen einhellig in diese Richtung. Nawalnys Leistung, sich als »einzige[r] echte[r] Politiker unter den 140 Millionen Bewohnern unseres Landes«³⁰ in Stellung gebracht zu haben, wird bedingungslos anerkannt, auch wenn die Inhalte und die Art seines Auftretens in diesem Zusammenhang auch kritisch beäugt oder abgelehnt werden.

Dabei hat Nawalny mit seiner Kampagne offenbar ein Ausmaß an öffentlicher Sichtbarkeit erreicht, das es der politischen Führung unmöglich macht, ihn vollständig zu ignorieren oder seine Kandidatur zur Lappalie herunterzuspielen – so zum Beispiel die Einschätzung der Journalistin Jewgenija Albaz: »Das ist die ganze Geschichte, deswegen haben sie [die politische Führung] solche Angst. Sie haben auf einmal verstanden, dass sie Leute, die zu den Treffen mit ihm [Nawalny] gehen, in Nawalny eine Alternative zu Putin sehen. Und es war doch ganze 18 Jahre lang die Rede davon, dass es keine Alternativen gibt.«³¹ Nawalny beim Namen zu nennen wird seitens der politischen Führung tunlichst vermieden – unerwähnt bleibt er dennoch nicht: Im »Direkten Draht« (*prjamaja linija*), der alljährlich sorgfältig inszenierten und im Staatsfernsehen übertragenen Bürgersprechstunde, zieht Putin im Sommer 2017 über jene her, die die Probleme der Bevölkerung für die eigene politische Karriere instrumentalisieren;³² auf seiner jährlichen Pressekonferenz wirft er dem »russischen Saakaschwili« vor, die Bevölkerung für seine Zwecke aufzu-

27 Hans 2018.

28 Dem Lewada-Zentrum, seit 2016 als »ausländischer Agent« registriert, ist die Veröffentlichung wahlbezogener Umfrageergebnisse während der Dauer des Wahlkampfs verboten, da dies als »politische Tätigkeit« eingestuft wird; vgl. Deutsche Welle, Sendung *DW Nowosti* vom 16. Januar 2018: www.youtube.com/watch?v=9L1R8CTQc10 (Zugriff vom 16.02.2018).

29 Zu nennen sind vor allem der Radiosender *Echo Moskvy* (echo.msk.ru), die Zeitung *Novaja Gaseta* (novayagazeta.ru), der Online-Fernsehsender *TV Doshd* (tvrain.ru) und das Online-Journal *Republic* (republic.ru, ehemals slon.ru).

30 Sygar 2015, S. 239.

31 Übersetzung E.M.; *Echo Moskvy*, Sendung *Osoboe Mnenie* vom 3. Oktober 2017 mit der Journalistin Jewgenija Albaz: <https://echo.msk.ru/programs/personalno/2066124-echo/> (Zugriff vom 24.11.2017).

32 Sendung *Prjamaja linija* vom 15. Juni 2017, ab 3:15:00: <http://kremlin.ru/events/president/news/54790> (Zugriff vom 05.02.2018).

wiegeln und öffentliche Unruhe zu stiften;³³ und beim Treffen mit russischen Medienvertretern unterstellt er »dieser Person« (*etot personash*) amerikanische Rückenbedeckung³⁴ – die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Unmittelbarer provozieren lassen sich die Oligarchen im Umfeld des Kreml: Alisher Usmanow reagierte auf die Bestechungsvorwürfe, die in der Korruptionsreportage über Medwedjew gegen ihn erhoben wurden, mit einer Verleumdungsklage und einer persönlichen Antwort via Youtube;³⁵ und Oleg Deripaska, eine Hauptfigur im jüngsten Enthüllungsvideo, initiierte allem Anschein nach die bereits erwähnte Blockade von Nawalnys Website.³⁶ Wie es die staatliche Verwaltung mit Nawalny hält, illustriert eine Anekdote, die Nawalny im Februar 2018 auf seiner Website veröffentlichte. Samt Videobeweis findet sich dort folgender Ratschlag: »Wenn bei euch vor dem Haus der Schnee nicht geräumt wird, dann schreibt in beliebiger Farbe ›Nawalny‹ in den Schnee und noch am selben Tag wird man ihn räumen.«³⁷

Passend dazu lässt der Kreml auch in seinem Vorgehen gegen Nawalny bisher jene Entschiedenheit vermissen, die er in der Vergangenheit gegenüber potenziellen Herausforderern Putins an den Tag gelegt hatte – als prominentes Beispiel sei Michail Chodorkowskij genannt. Nawalny selbst und zahlreiche Mitglieder seiner regionalen Wahlkampfkomitees wurden im Verlauf der Kampagne immer wieder verhaftet und unter Arrest gestellt, die verhängten Strafen aber häufig wenig später wieder aufgehoben, zur Bewährung ausgesetzt oder in vergleichsweise harmlose Bußgelder und Arbeitsstunden umgewandelt.³⁸ All dies erscheint inkonsistent und vermittelt den Eindruck von Ratlosigkeit angesichts eines Phänomens, das sich aufgrund seiner Eigendynamik nicht stillschweigend tilgen lässt, das man im Sinne der kremleigenen Interessen aber auch nicht auf sich beruhen lassen kann.

3. Nawalny als aufgedrängter Gegner – eine inklusionstheoretische Annäherung

Die Frage der Bezeichnung Nawalnys und des Umgangs mit ihm durch die politische Führung betrifft unmittelbar die Frage nach den Bedingungen und Modi politischer Inklusion. Inklusion meint dabei mit Luhmann und Stichweh die Adressierbarkeit von Personen in Sozialsystemen.³⁹ Sie vollzieht sich zunächst ereignishaft, kann sich

33 Große Pressekonferenz Vladimir Putins vom 14. Dezember 2017, ab 2:59:00: <http://kremlin.ru/events/president/news/56378> (Zugriff vom 05.02.2018).

34 Treffen Putins mit den Führungskräften russischer Printmedien und Nachrichtenagenturen vom 11. Januar 2018: www.kremlin.ru/events/president/news/56639 (Zugriff vom 18.01.2018).

35 Siehe www.youtube.com/watch?v=8Mx9yYZd2f0 (Zugriff vom 02.03.2018).

36 Siehe <https://republic.ru/posts/89543> (Zugriff vom 16.02.2018); zusammenfassender Bericht zu beiden Fällen: <https://meduza.io/slides/kak-alisher-usmanov-i-oleg-deripaska-borolis-s-rassledovaniyami-navalnogo-dve-istorii> (Zugriff vom 16.2.2018).

37 Siehe <https://navalny.com/p/5757/> (Zugriff vom 16.02.2018).

38 Vgl. zu dieser Einschätzung Kašin 2017; Knight 2017 b.

39 Vgl. zum systemtheoretischen Politik- und Inklusionsverständnis Luhmann 2000, S. 69 ff., 1997, S. 618 ff.; Stichweh 2005 b.

aber durch Wiederholung zu Rollen stabilisieren, an die sich spezifische Erwartungen und Teilnahmechancen knüpfen. Exklusion geschieht komplementär dazu über Nicht-Ereignisse, das heißt indem Personen in bestimmten Kommunikationszusammenhängen (wiederholt) unbezeichnet bleiben. Politische Inklusion ist dementsprechend die Berücksichtigung von Personen in jener Kommunikation, die auf Entscheidungen mit kollektiver Bindungswirkung ausgerichtet ist und sich über den Verweis auf das Gemeinwohl legitimiert.

Ein solches Inklusionsverständnis schließt aufgrund seines hohen Abstraktionsgrads voraussetzungsvollere Inklusionskonzepte ein⁴⁰ und erlaubt es zudem, diese Konzepte als Spezialfälle von Inklusion zu behandeln und systematisch zu vergleichen.⁴¹ Angewendet auf den Gegenstandsbereich der politischen Soziologie, lassen sich unterschiedliche Formen politischer Ordnung dann beispielsweise über die Inklusionsmodi und Rollenstrukturen, anhand derer sie ihr Teilnehmerfeld bestimmen (und begrenzen), analytisch erschließen und systematisieren. Darunter fallen unterschiedliche Formen der Publikumseinbindung,⁴² also etwa die Einbindung durch Wahlen und andere Partizipationsformen, an die sich aktivistische Erwartungen knüpfen, oder die Adressierung als Empfänger staatlicher Leistungen. Eine spezifische, vor allem in Autokratien gängige Inklusionsform ist die Kooptation von Eliten⁴³ oder zivilgesellschaftlichen Akteuren,⁴⁴ also die Bindung spezifischer Publikumssegmente durch die Generierung von Abhängigkeitsverhältnissen, die Kontrolle und Loyalität sicherstellen sollen. Politische Inklusion umfasst aber auch die unterschiedlichen Modi der Inklusion in Leistungsrollen, die unmittelbar an kollektiv bindendem Entscheiden – der systemkonstitutiven Leistung der Politik – beteiligt sind. Aufgrund der mit politischen Leistungsrollen verbundenen Machtressourcen sind diese Rollen knapp und begehrt. In der Folge ist nicht nur ihre Vergabe an sich umkämpft, sondern auch die vorgängige Frage, wer als legitimer Teilnehmer dieses Kampfs gilt.

Um das Feld potenzieller Leistungsrollenträger genauer zu verstehen und zu bestimmen, bietet Mouffes Unterscheidung von Gegnern und Feinden eine erhellende Heuristik.⁴⁵ Auf die jeweils »Anderen« – also auf jene, die für divergierende Konzepte gesellschaftlicher Ordnung (oder des Gemeinwohls) stehen –, lässt sich demnach im Kampf um politische Macht entweder als Feinde oder als Gegner Bezug nehmen: Die »Anderen« gelten als Feinde, wenn ihre Ideen als prinzipiell unvereinbar mit der eigenen Ordnung erscheinen und als fundamentale Bedrohung dieser Ordnung wahrgenommen werden. Sie gelten hingegen als Gegner – oder freundliche

40 Stichweh 2009, S. 29 f.

41 Stichweh 2005 b, S. 67 f.

42 Zur Unterscheidung von Publikums- und Leistungsrollen vgl. Stichweh 2009, S. 32; Stichweh 2005 a, S. 14 f.

43 Gerschewski et al. 2013, S. 116.

44 Für Russland: Robertson 2009; Ljubownikow, Crotty 2015; ähnliche Strukturen in Vietnam beobachtet Wischermann 2013.

45 Mouffes Unterscheidung wird hier ergänzend zum systemtheoretischen Zugang verwendet, das heißt ohne das umfassende Politikverständnis Mouffes ebenfalls zu übernehmen.

Feinde –, wenn sie lediglich mit divergierenden Standpunkten innerhalb des eigenen symbolischen Raums aufwarten, die grundsätzlich mit den eigenen Ordnungskonzepten kompatibel erscheinen. Auch die Ideen der Gegner werden bekämpft, aber es wird akzeptiert, dass sie diese Ideen vorbringen und sich dafür einsetzen.⁴⁶ Feinde, so folgt nach systemtheoretischer Lesart aus Mouffes Unterscheidung, sind möglichst nachhaltig aus der politischen Kommunikation zu exkludieren, während Gegner grundsätzlich legitime, wenn auch nicht immer willkommene Mitspieler im politischen System sind und als solche Berücksichtigung finden. Zusätzlich ist dabei relevant, dass die entsprechenden Zuschreibungen und Bezeichnungen zum einen in der Auseinandersetzung der politischen Kontrahenten selbst vorgenommen werden und sich zum anderen immer auch an das Publikum richten, unter dessen Augen sich die Auseinandersetzung vollzieht und dessen Beobachtung entscheidend für deren Stabilisierung und damit für die Begrenzung des Felds politischer Gegner ist.

Die Unbeirrbarkeit, mit der Nawalny sich als Gegner Putins entwarf und noch immer entwirft, sowie die Tatsache, dass sich dafür gegen alle Widerstände ein Publikum bildete, manövrierten Nawalny in das Feld der Gegner. Das Recht, eigene politische Ideen vorzubringen, wird ihm seitens der politischen Führung zwar keinesfalls freiwillig zugestanden, lässt sich angesichts dieser Lage aber offenbar auch nicht radikal unterbinden. Ihn in den eigenen Beobachtungen und Entscheidungen nicht zu berücksichtigen – darauf verweisen die oben genannten Indizien –, ist für die anderen relevanten Mitspielerinnen und Mitspieler, allen voran Putin selbst, folglich keine Option mehr, auch wenn sie sich dagegen sträuben mögen. Ganz offensichtlich halten es Putin und sein Umfeld für unumgänglich, sich vor ihrem Publikum in verklausulierter, aber dennoch klar erkennbarer Form von Nawalny zu distanzieren und wahlweise die Schädlichkeit seiner Politik oder die Bedeutungslosigkeit seiner Person zu betonen. Dies zeugt nicht nur davon, dass Nawalny von der politischen Elite längst als jemand beobachtet wird, der sich in den Augen zumindest eines beträchtlichen Teils des Publikums als relevanter politischer Mitspieler positioniert hat, sondern trägt zugleich zur Stabilisierung der – wenn auch prekären – Inklusionsrolle Nawalnys bei, indem sich jede »Bezeichnung durch Nicht-Bezeichnung« als absichtsvolles Handeln und als Eingeständnis Nawalnys politischer Bedeutung zurechnen lässt. Nawalny greift dies ironisch auf, indem er sich in seinen Videobotschaften als »die politische Kraft mit Vertrauenswerten von einem, zwei, drei Prozent«⁴⁷ – in Anspielung auf eine Äußerung Putins im Interview mit dem ORF – vorstellt oder in Reaktion auf einen Kommentar der Föderationsratsvorsitzenden Walentina Matwienko zu Nawalnys angekündigtem Protest gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters als »der verantwortungslose Politiker«⁴⁸ bezeichnet. Obwohl die Interessen und Motive einzelner Beobachterinnen und Beobachter eine wichtige Rolle spielen und durchaus kommunikativ wirksam werden, zeigt der Fall Nawalnys, dass Zuschreibungen im Rahmen des Feind-Gegner-Schemas nicht einseitig auf diese Interessen und Motive zurückzuführen sind. Viel-

46 Mouffe 2000, S. 13, 101 ff.

47 Siehe <https://navalny.com/p/5886/> (Zugriff vom 23.06.2018).

48 Siehe <https://navalny.com/p/5888/> (Zugriff vom 23.06.2018).

mehr unterliegen sie der Dynamik politischer Kommunikation, die individuelle Akteure mit ihren Interventionsversuchen irritieren können, die sich jedoch der zielgerichteten Steuerung entzieht.

4. Nationale Souveränität und passive Vollinklusion als Grundprinzipien des Putin-Regimes

Um die Hürden nachzuvollziehen, über die Nawalny sich mit seiner anhaltenden politischen Präsenz hinwegsetzt, lohnt sich ein Blick auf die Grundprinzipien der politischen Ordnung, die unter Putin vor allem seit 2004 entstanden ist. Putins erste Amtszeit seit 2000 war dominiert von Stabilitätsrhetorik und der Errichtung einer »Machtvertikalen«. Seine zweite Amtszeit, die 2004 unter dem Eindruck der »Farbenrevolutionen« in unmittelbarer Nachbarschaft Russlands (Georgien, Ukraine, Kirgistan) begann, folgt zwar ebenfalls keiner umfassenden Ideologie, ist aber geprägt durch eine Kombination verschiedener Ideologiebausteine, die die herausragende Position Putins legitimieren, ohne die Regierung in ihrer Handlungsfähigkeit zu binden.⁴⁹ In diesem Sinne identifiziert Schmid die Trias aus Neoimperialismus, Eurasismus und russischer Orthodoxie als Kernnarrative der Putin-Herrschaft,⁵⁰ und Bluhm betont die vielfältigen Bezüge zum parallel entstehenden »neuen russischen Konservatismus«, darunter die Betonung »russischer Werte«, die Distanzierung vom »Westen« und religiöse Elemente.⁵¹

Als politisches Leitmotiv fungiert die Idee nationaler Souveränität, die sich durch diese Ideologiebausteine zieht und in der sich Russlands innere Ordnung und seine weltpolitische Rolle verknüpfen:⁵² Die expandierende »globale demokratische Revolution«⁵³ bedrohe nichts Geringeres als die Überlebensfähigkeit Russlands in der Welt. Der Schutz der nationalen Souveränität verdiene deshalb höchste Priorität und gehöre zu den dringlichsten Herausforderungen für die politische Führung Russlands im Jahr 2005.⁵⁴ Demokratie wird in dieser offiziellen Rhetorik zwar nicht rundheraus abgelehnt, der Bewältigung dieser Herausforderung aber klar untergeordnet: Zwingende Voraussetzung für Demokratie und »echten« politischen Wettbewerb sei, dass sich zunächst die politischen, zivilgesellschaftlichen und massenmedialen Strukturen geschützt vor ausländischem Einfluss entwickeln könnten. Nur so würden die Bürgerinnen und Bürger vor einer verzerrten Wahrnehmung der eige-

49 Eine Ad-hoc-Regierungsweise unter Putin beobachtet Greene 2014, S. 58 ff.

50 Schmid 2015, S. 14. Neoimperialismus bezieht sich auf das Selbstverständnis Russlands als Imperium innerhalb einer multipolaren Weltordnung. Eurasismus meint die Idee einer Führungsrolle im eurasischen Raum, für die Russland aufgrund seiner geografischen Lage und seiner Geschichte zwingend vorbestimmt sei. Über enge Bezüge der politischen Herrschaft zur russischen Orthodoxie soll der gesellschaftliche Zusammenhalt hergestellt und gesichert werden.

51 Bluhm 2016.

52 Chadaev 2006, S. 25 f.; vgl. auch Horvath 2011; Sygar 2015, S. 119 ff.

53 Chadaev 2006, S. 41.

54 Tretjakov 2005.

nen Interessen bewahrt.⁵⁵ Solange dies nicht gegeben sei, liege es in der Verantwortung des Staates, demokratische Mechanismen zu kontrollieren, einzuhegen und an die Eigenheiten der russischen Gesellschaft anzupassen – andernfalls drohten Souveränitätsverlust und Staatszerfall.⁵⁶ Das dazu passende Konzept der »souveränen Demokratie« wurde 2006 von Wladislaw Surkow, dem damaligen stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration und Initiator der kremltreuen und betont gegenrevolutionären Jugendorganisation »Naschi«, im Auftrag der Regierung ausgearbeitet.⁵⁷ Im Unterschied zum Vorgängerkonzept der »gelenkten Demokratie«, das der Logik der »Machtvertikale« folgte und die umfassende Steuerung der staatlichen Bürokratie vorsah, lenkt das Konzept der »souveränen Demokratie« den Blick auf die »politische Wettbewerbsfähigkeit« Russlands als »belagerte Festung«.⁵⁸

Da das Volk – das politische Kollektiv – mangels Qualifikation für unfähig erklärt wird, als sein eigener Souverän zu agieren, das heißt seine Interessen zu artikulieren und für sein eigenes Wohl einzutreten, braucht es eine alternative Instanz und einen alternativen Mechanismus der Gemeinwohlbestimmung. Diese Funktion erfüllt die Person Putins, der sich als Anwalt des russischen Volkes inszeniert. Putin beansprucht, in seiner Person allein und ungebrochen den Volkswillen zu verkörpern;⁵⁹ ausschließlich er sei in der Lage, ihn angesichts einer feindlichen und invasiven globalen Umwelt zur Geltung zu bringen. Benannt ist damit ein zweites Kernprinzip der politischen Ordnung Russlands und zugleich der zentrale Modus politischer Publikumsinklusion: Das Volk wird zwar adressiert, aber seine politische Einbindung vollzieht sich über die Mandantschaft Putins. Sie wiederum ruht im Unterschied zur demokratischen Repräsentation nicht auf aktueller oder potenzieller Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, sondern setzt deren Passivität voraus. Ganz in der Tradition der Leitfigur des »guten Zaren« vollzieht sie sich als Teil einer metaphysischen Ordnung und als Implikation eines organischen Staatsverständnisses, das um die natürliche und stillschweigend vorausgesetzte harmonische Einheit von Staatsvolk und politischer Führung kreist.⁶⁰ Jede Bürgerin und jeder Bürger Russlands ist *per definitionem* im Handeln und Entscheiden Putins vertreten, ohne dass irgendeine Aktivität dafür nötig oder gar erwünscht wäre. Politische Einbindung wird zu politischer Vereinnahmung mit geringen Entzugsmöglichkeiten für Einzelne.

Hergestellt und gestützt wird der Mythos bedingungsloser Vollinklusion durch ein breites Spektrum sogenannter »Technologien der Seele«,⁶¹ das heißt omnipräsenter und sorgfältig orchestrierter medien- und kulturpolitischer Maßnahmen, aber auch durch eine bemerkenswerte zweifache Distanzierung Putins. In seiner politi-

55 Chadaev 2006, S. 42 f.

56 Ebd., S. 66.

57 Sygar 2015, S. 120 ff.; vgl. zur »souveränen Demokratie« auch Mommsen 2006.

58 Sygar 2015, S. 125, 139.

59 Schmid 2015, S. 19.

60 Ebd., S. 29 ff.; vgl. zum Zarenmythos auch Čistov 1998.

61 Schmid 2015.

schen Selbstinszenierung nimmt er von der (normalen) Politik und von der staatlichen Verwaltung gleichermaßen Abstand: Putin demonstriert maximale Distanz zur Politik, indem er auf die Einbindung in sämtliche Mechanismen des politischen Alltagsgeschäfts betont verzichtet. Beispielhaft zeigt sich dieses Bemühen um die Entpolitisierung seiner Person mit Blick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen: Seine Kandidatur verkündete Putin nach langer Zurückhaltung am 6. Dezember 2017 in der Werkshalle des Automobilproduzenten »Gas« in Nischnij Nowgorod. Bescheiden, beinahe demütig beugte er sich dort der von handverlesenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Werks vorgebrachten Bitte um das »Geschenk« einer vierten Amtszeit.⁶² Analog zur zaristischen Demutshaltung, die den Herrscher erst auf das eindringliche Flehen des Volkes den Thron besteigen lässt – genannt sei speziell die Krönung Michail Romanows im Jahr 1613⁶³ –, inszeniert er seine Kandidatur als reinen Dienst am Volk und rückt sie weit ab von persönlichem Machtstreben und anderen politischen Motiven. Selbst seit jeher parteilos, tritt Putin zudem erstmals als selbsternannter Kandidat und damit ohne Bindung an die sogenannte Partei der Macht »Einiges Russland« an.⁶⁴ Er betreibt keine Wahlwerbung, entzieht sich politischen Diskussionen, ignoriert jegliche Konkurrentinnen und Konkurrenten, und anstelle eines politischen Programms spielt er gegenüber den Wählerinnen und Wählern seine Ressourcenmacht qua Amt vor allem in Form sozialpolitischer Wahlgeschenke aus.⁶⁵ Dass Putin ausgerechnet zwei Tage nach der im Staatsfernsehen ausgestrahlten Debatte der übrigen sieben Präsidentschaftskandidaten und der Kandidatin,⁶⁶ an der er selbstredend nicht teilnahm, in seiner Rede zur Lage der Nation⁶⁷ mit sozialpolitischen Versprechen aufwartete, ist vermutlich kein Zufall. Zudem sei bemerkt, dass diese Rede üblicherweise im Dezember stattfindet, aber dieses Mal auf Anfang März und damit kurz vor den Wahltermin verschoben wurde. Passend dazu berichteten auch die staatlichen Medien über Putin nicht als Wahlkämpfer, sondern ausschließlich als Amtsinhaber. Als entscheidende Zielgröße der Präsidentschaftswahl galt aus Sicht der politischen Führung ohnedies nicht der Wahlsieg an sich, sondern eine möglichst hohe Wahlbeteiligung – angestrebt wurden 70 Prozent –, um die unverhohlen mit allen Mitteln gerungen wurde.

Von der staatlichen Bürokratie distanziert sich Putin, indem er jegliche Nähe und Verbindung zu ihr bestreitet – bereits 2004 wies er die Rolle des »Präsidenten der

62 *TV Doshd*, Sendung *Wremja Nowostej* vom 9. Dezember 2017: https://tvrain.ru/teleshov/bremja_novostej/gazzavas_olimpiada_kiev-452446/ (Zugriff vom 11.01.2018).

63 Torke 1999, S. 91 ff.

64 *TV Doshd*, Sendung *Sdes i sejtschas* vom 14. Dezember 2017: https://tvrain.ru/teleshov/vechernee_shou/kak_prezident_lukavil_i_oshibalsja-452892/ (Zugriff vom 15.03.2018).

65 Stanovaja 2017.

66 *Perwyj Kanal*, Sendung *Debaty na perwom* vom 28. Februar 2018: www.youtube.com/watch?v=5surb3gp1hU&feature=youtu.be (Zugriff vom 15.03.2018).

67 Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung vom 1. März 2018: <http://kremlin.ru/events/president/news/56957> (Zugriff vom 15.03.2018).

Bürokratie« entschieden von sich.⁶⁸ Unumwunden rechnet Putin sämtliche Missstände in Russland der dysfunktionalen Verwaltung zu.⁶⁹ Mehr noch, die administrative Ineffizienz und das hohe Korruptionsniveau gelten ihm als wesentlicher Hemmschuh, der verhindert, dass seine Politik ihre positive Wirkung entfalten kann. Die in Russland alltäglichen Exklusionserfahrungen in Form unzugänglicher oder mangelhafter staatlicher Leistungen, die durchaus Zweifel an Putins umfassendem Inklusionsanspruch hervorrufen könnten, wälzt Putin auf diese Weise von sich ab und konstruiert zugleich eine Solidargemeinschaft mit den Bürgerinnen und Bürgern: Ebenso wie sie sieht auch er sich als Präsident der Bürokratie ausgeliefert, und stellvertretend für sie ergreift er die Initiative und sagt der Bürokratie den Kampf an – die Anspielung auf den Zarenmythos ist erneut unverkennbar.

Im Effekt erklärt die zweifache Distanzierung Putins von der Politik und der staatlichen Verwaltung die beiden in Demokratien üblichen Modi politischer Publikumsinklusion für nichtig: Sowohl der Einbindung durch die Wahl von Repräsentantinnen und Repräsentanten als auch der Inklusion durch den Empfang staatlicher Leistungen, die von der Bürokratie verwaltet und bereitgestellt werden,⁷⁰ wird die Rechtfertigung entzogen. Was bleibt, ist allein Putin. Aus dieser Inszenierung folgt unmittelbar der Imperativ der Gegnervermeidung, der darauf hinausläuft, dass aktuelle und potenzielle Gegner als Feinde gebrandmarkt werden, denen aufgrund des von ihnen ausgehenden gesellschaftlichen Gefährdungspotenzials *per se* kein Recht auf politische Mitsprache zusteht: Alternative Gemeinwohlkonzepte erscheinen im Rahmen der Putin'schen Ordnung nicht nur überflüssig, sondern schädlich, weil sie die direkte Verbindung zwischen dem Präsidenten und seinem Volk irritieren und die Souveränität Russlands, die maßgeblich auf der uneingeschränkten politischen Handlungsfähigkeit Putins basiert, unterlaufen. Diese Gefährdungslage gilt umso mehr, wenn »westliche« Werte und Gesellschaftsprinzipien im Spiel sind. All jenen, die solche Konzepte vorbringen oder gar umzusetzen versuchen, ist im Sinne des russischen Gemeinwohls die Adressierbarkeit als legitime Teilnehmerinnen oder Teilnehmer an der politischen Kommunikation zu verweigern. Praktisch geschieht dies vor allem durch eine Reihe von Maßnahmen, die sich der Idee nationaler Souveränität und der darin enthaltenen Unterscheidung Russland/(westliches) Ausland bedienen. Aktuellen und potenziellen Gegnern sowie deren Unterstützern werden nicht nur massive bürokratische Hürden in den Weg gelegt. Mittels öffentlicher Stigmatisierung durch Agenten- und Spionagerhetorik wird ihnen auch grundsätzlich die Möglichkeit abgesprochen, dass sie einen Beitrag zum russischen Gemeinwohl leisten könnten.

68 Chadaev 2006, S. 42.

69 Vgl. zum Beispiel die jüngste Erhebung des Lewada-Zentrums zum Institutionenvertrauen (Oktober 2017): Die Rangliste derjenigen politischen und öffentlichen Institutionen, die nach Ansicht der Befragten höchstes Vertrauen verdienen, wird klar vom Präsidenten angeführt, an zweiter und dritter Stelle folgen Armee und Geheimdienst. Explizit kein Vertrauen wird unter anderem dem Parlament, politischen Parteien und lokalen Verwaltungsorganen entgegengebracht; www.levada.ru/2017/10/12/institutsionalnoe-doverie-3/ (Zugriff vom 14.01.2018).

70 Stichweh 2005 b, S. 75 ff.

Dieser Logik folgend, richtet sich das sogenannte Agentengesetz aus dem Jahr 2012 gegen Nichtregierungsorganisationen, die ausländische Finanzierung erhalten und politische Tätigkeiten verfolgen – beides wird in der Praxis sehr großzügig im Sinne der Regierung ausgelegt –, indem es sie einer engmaschigen bürokratischen Kontrolle unterwirft und zugleich öffentlichkeitswirksam als ausländische Agenten brandmarkt.⁷¹ Das Gesetz zu unerwünschten Organisationen aus dem Jahr 2015 nimmt ausländische und internationale Organisationen, darunter vor allem Stiftungen, ins Visier, stellt unter anderem jeglichen Kontakt zu ihnen unter Strafe und beraubt sie damit ihrer Handlungsfähigkeit.⁷² Im Juni 2017 nahm die zunächst temporäre und inzwischen ständige »Kommission zum Schutz der staatlichen Souveränität und zur Verhinderung der Einmischung in innere Angelegenheiten der Russischen Föderation«⁷³ des Föderationsrats ihre Arbeit auf. In ihrem ersten Tätigkeitsbericht im Oktober 2017 entwarf sie ein akutes Bedrohungsszenario, verkündete aber auch die erfolgreiche Verteidigung der »elektoralen Souveränität« Russlands anlässlich der Regionalwahlen am 10. September. Auf eine Initiative dieser Kommission geht unter anderem der gegenwärtig diskutierte Plan zur Ausweitung des Agentengesetzes auf ausländische Massenmedien zurück.

5. Anschmiegsamkeit und Attacke

Für Personen wie Nawalny beziehungsweise für alle Personen, die Putin ernsthaft herausfordern, ist in dieser politischen Ordnung die Rolle des Feinds vorgesehen, als Gegner ist für sie kein Platz. Auch gegen Nawalny wurde deshalb immer wieder die Agentenkeule geschwungen, um ihn und seine Aktivitäten zu delegitimieren. So munkelte schon im April 2016 eine Reportage im staatlichen Fernsehen von Regimeumsturzplänen, die Nawalny als vermeintlicher Agent des amerikanischen Geheimdienstes und unter dem Einfluss des US-Investors William Browder (Hermitage Capital) ausgeheckt haben sollte – es war dies eine kaum verhohlene Reaktion auf eine von der Stiftung für Korruptionsbekämpfung gesendete Dokumentation über die Korruptionsnetzwerke rund um den Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka.⁷⁴ Und jüngst lieferte ausgerechnet der Bericht des US-Senats über russische Manipulatio-

- 71 »Zur Regulierung der Tätigkeiten nichtkommerzieller Organisationen, die die Funktion eines ausländischen Agenten erfüllen« (Föderales Gesetz Nr. 121 vom 20. Juli 2012); offizielle Liste der »ausländischen Agenten« des Justizministeriums: <http://unro.minjust.ru/NKOForeignAgent.aspx> (Zugriff vom 15.03.2018).
- 72 »Über die Einführung von Ergänzungen zu einigen Gesetzesakten der Russischen Föderation« (Föderales Gesetz Nr. 129 vom 23. Mai 2015); vom Justizministerium geführte Liste der »unerwünschten Organisationen«: <http://minjust.ru/ru/activity/nko/unwanted> (03.11.2017).
- 73 Mislivskaja 2017; Lazarev 2017; Website der Kommission mit Tätigkeitsberichten: http://council.gov.ru/structure/commissions/iccf_def/ (Zugriff vom 16.01.2017).
- 74 Vgl. auch Knight 2017 a, S. 26; Reportage der Stiftung für Korruptionsbekämpfung: www.youtube.com/watch?v=eXYQbgvzxdM (Zugriff vom 02.03.2018); Reportage des russischen Staatsfernsehens: www.youtube.com/watch?v=37GZ3Rpk4Qk (Zugriff vom 02.03.2018).

nen der amerikanischen Präsidentschaftswahl,⁷⁵ der Nawalny als politischen Hoffnungsträger handelt, Putin eine Steilvorlage, um im Beisein russischer Medien über die westliche Rückendeckung Nawalyns zu mutmaßen.⁷⁶ Derartige Versuche, Nawalny zum Produkt westlicher Interventionen und damit zum Feind Russlands zu erklären, verfangen jedoch kaum.⁷⁷ Dies auch, aber nicht nur, weil stichhaltige Beweise für personelle oder finanzielle Verbindungen Nawalyns ins Ausland bislang fehlen. Nawalny entzieht sich der vom Kreml sorgfältig konstruierten Feindschablone und schränkt das für die Regierung mögliche Spektrum von Gegenmaßnahmen erheblich ein, indem er mit seiner Kampagne durch Putins Politik hindurchnavigiert: Er schmiegt sich ihr auf der Ebene konkreter politischer Inhalte an und vermeidet zugleich Kollisionen auf ideologischer Ebene.

Erstens übernimmt Nawalny mit seinem konsequenten Fokus auf Wohlstandssteigerung durch Korruptionsbekämpfung eine Thematik, die für eine große Mehrheit der russischen Bevölkerung unmittelbar bedeutsam ist und die es ihm erlaubt, einzelne Bürgerinnen und Bürger mit ihren individuellen und lebensweltlichen Problemen und Bedürfnissen direkt zu adressieren und uneingeschränkt ernst zu nehmen. Durch diesen inhaltlichen Zuschnitt betritt Nawalny ein Handlungsfeld, das auch Putin sein Eigen nennt. Allerdings konnte dieser seine diesbezüglichen Versprechen bisher nicht überzeugend einlösen. Wenn Putin beispielsweise alljährlich im »Direkten Draht« besorgt auf Bürgeranfragen eingeht, Beamtinnen und Beamte medienwirksam abmahnt oder, wie im Sommer 2017 geschehen, im Nachgang zur Sendung den Regionalgouverneuren Aufgabenlisten übergibt,⁷⁸ soll dies zwar seine detaillierte Sachkompetenz und universelle Zuständigkeit für die (Alltags-)Probleme der Bevölkerung demonstrieren. Dass er mit seinen Maßnahmen irgendwelche strukturellen Erfolge erzielt, bezweifelt jedoch ein erheblicher Teil des Publikums. Anders als mit Blick auf die Außenpolitik, für die Putin einer jüngeren Umfrage zufolge seitens der Bevölkerung große Zustimmung erfährt, gilt seine Ignoranz gegenüber den Problemen und Lebensbedingungen der »einfachen Leute« als seine deutlichste Schwäche.⁷⁹ Mit seiner Kritik an der staatlichen Bürokratie als vermeintlicher Wurzel dieser Probleme bringt sich Nawalny also unmittelbar neben Putin in Stellung, übernimmt dessen populistisches Moment als direkter Fürsprecher des Volkes und bringt sich unter Verweis auf seine eigenen Aktivitäten als bessere

75 U.S. Senate Committee on Foreign Relations 2018, S. 20 ff.

76 Treffen Putins mit den Führungskräften russischer Printmedien und Nachrichtenagenturen vom 11. Januar 2018: www.kremlin.ru/events/president/news/56639 (Zugriff vom 18.01.2018).

77 Als Indiz vgl. die Blitzumfrage der Deutschen Welle zu vermeintlichen Verbindungen Nawalyns in die USA, Sendung *DW Novosti* vom 12. Januar 2018: www.youtube.com/watch?v=oRkq6tRD5XI&t=307s (Zugriff vom 06.02.2018).

78 Smirnov 2017.

79 Umfrage des Lewada-Instituts, November 2017: www.levada.ru/2017/11/20/rossiyane-nazvali-otsutstvие-zaboty-o-prostyh-lyudyah-glavnym-minusom-putina/ (29.01.2018).

Alternative ins Spiel.⁸⁰ Klare Vorteile zieht er dabei aus seiner Außenseiterposition, die ihm eine aufwändige Distanzierung vom bürokratischen Apparat und vom politischen Alltagsgeschäft erspart und es ihm ermöglicht, Putin und dessen personelles Umfeld unumwunden jener politischen Elite zuzurechnen, die den Bürgerinnen und Bürgern durch korrupte Praktiken massiv schadet.

Zweitens umschifft Nawalnys Programm konsequent die Bezugnahme auf Werte wie Demokratie, Menschenrechte und verwandte Konzepte, die sich leicht als westliche Standards, als Zeichen der Missachtung russischer Besonderheiten und als Bedrohung für die Souveränität des Landes deuten oder, vielleicht treffender, diffamieren lassen. Eingefordert wird allein fairer politischer Wettbewerb. Der Westen kommt in Nawalnys Äußerungen weder als politisches Vorbild noch als normativ anzustrebender Orientierungspunkt vor, sondern fungiert ausschließlich als Projektionsfläche für wirtschaftlichen Wohlstand und ein, wie Nawalny es formuliert, »normales Leben«, das auch den Bürgerinnen und Bürgern Russlands zustehe, ihnen aber von der amtierenden Regierung vorenthalten werde. Auch in seiner Beurteilung der politischen Führung und ihrer Leistungen spielen vermeintlich westliche Kriterien keine Rolle. Nawalny misst den Kreml ausschließlich an dessen eigenen Ansprüchen und Zielen und fragt, inwiefern die in der Verfassung verankerten Rechte der Bürgerinnen und Bürger durch diese Regierung eingelöst werden. Kurzum: Nawalny fordert Putins Politik heraus, indem er sie radikal ernst nimmt und sich ihrer Waffen bedient. Die Möglichkeiten der politischen Führung, diese Strategie auf inhaltlicher Ebene zu kontern, sind begrenzt, zumal das Agentenargument entfällt. Mangels Sachargumenten schaltet Putin in öffentlichen Äußerungen auf persönliche Kritik um: Ohne ihn beim Namen zu nennen, unterstellt er Nawalny egoistische und damit politisch unlautere Motive,⁸¹ wirft ihm eine destruktive Haltung vor⁸² oder entwirft mit dem Verweis auf einen möglichen »russischen Maidan« nebulöse Bedrohungsszenarien.⁸³

Ihre inhaltliche Anschmiegsamkeit an die Kremlpolitik eröffnet Nawalnys Kampagne Spielräume, um die politische Führung auf der operativen Ebene frontal zu attackieren – und erneut kommen dabei Inklusionsaspekte ins Spiel. Gezielt richtet sich Nawalnys Kampagne auf die Schnittstelle zwischen formaler Politik und Publikum und unterläuft diametral jene Prinzipien, auf denen die politische Sonderstellung Putins beruht. Im Vordergrund stehen dabei Aufklärung und Aktivierung als

80 Nicht umsonst präsentierte Nawalny die erfolgreich geleistete Unterstützung tausender Bürgerinnen und Bürger, die Probleme mit ihren kommunalen Wohnungen hatten, lange an prominenter Stelle auf der Website zu seiner Kampagne als seinen bislang größten politischen Erfolg. Mittlerweile wurde dies von aktuelleren Meldungen verdrängt; <https://2018.navalny.com> (Zugriff vom 23.11.2017).

81 *Prjamaja linija* vom 15. Juni 2017, ab 3:15:00: <http://kremlin.ru/events/president/news/54790> (Zugriff vom 05.02.2018).

82 Treffen Putins mit den Führungskräften russischer Printmedien und Nachrichtenagenturen vom 11. Januar 2018: www.kremlin.ru/events/president/news/56639 (Zugriff vom 18.01.2018).

83 Große Pressekonferenz Vladimir Putins vom 14. Dezember 2017, ab 2:59:00: <http://kremlin.ru/events/president/news/56378> (Zugriff vom 05.02.2018).

zwei eng miteinander verzahnte Mechanismen, über die Nawalny und sein Team ihre Inhalte in konkrete Handlungen übersetzen und die beide betont die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger als vernunftbegabte und eigenverantwortliche Individuen adressieren und zugleich in die politische Pflicht nehmen. Über seine interaktiven Onlineprojekte, vor allem aber über die Stiftung für Korruptionsbekämpfung betreibt Nawalny Aufklärung, indem Korruptionsfälle samt den dahinterstehenden Mechanismen und Netzwerken recherchiert, aufbereitet und online veröffentlicht werden. Dabei weisen diese Dokumentationen ein einheitliches Muster auf: Zum einen rekonstruieren sie minutiös die Verbindungen des jeweiligen Falls zu Putin selbst, dessen engstem personellen Umfeld, Mitgliedern der Regierung oder zur sogenannten Partei der Macht »Einiges Russland«; zum anderen zeichnen sie die konkreten Folgen für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger über oftmals verschachtelte Verkettungen detailliert nach. Durch die Darstellung individueller Betroffenheiten beziehen Nawalny und sein Team die Missstände und Verfehlungen der vermeintlich großen Politik unmittelbar auf die lokalen und alltäglichen Lebenswirklichkeiten der russischen Bevölkerung. Alle, so die Kernbotschaft, sind Leidtragende der politischen Elite und ihrer korrupten Praktiken.

Der Problemidentifikation folgt die Lösung auf dem Fuß: Die Bürgerinnen und Bürger werden dazu aktiviert, selbst auf die nun sichtbaren Missstände zu reagieren, und auf diese Weise (unterschwellig) zu politischer Eigenverantwortlichkeit erzogen. Komplementär zur Herleitung individueller Betroffenheit überschüttet Nawalny sein Publikum buchstäblich mit einer breiten, mittlerweile kaum noch überschaubaren Palette an Kanälen und Instrumenten, um eigenständig aktiv zu werden, Probleme zu artikulieren und auf deren Beseitigung hinzuwirken. Die bereits genannten interaktiven Onlineprojekte, die vor allem Defizite bei der Bereitstellung staatlicher Leistungen thematisieren und somit offenlegen, hatten zum Teil bereits vor Nawalys versuchter Präsidentschaftskandidatur seine Bekanntheit gesteigert. Jetzt werden sie um das Element einer wahlbezogenen Aktivierung ergänzt. Ganz konkret eröffnet sich im Kontext der Kampagne eine Vielzahl von unmittelbaren, häufig niederschweligen und kontinuierlich an aktuelle politische Entwicklungen angepasste Möglichkeiten politischer Teilhabe. Ein wichtiges Medium ist dafür die wöchentliche Sendung »Nawalny um 20:18 « (*Nawalny v 20:18*), eine Mischung aus Wahlwerbung und politischem Kommentar, deren Sendezeit mittwochs um 20:18 Uhr auf das Wahljahr 2018 anspielt.⁸⁴ Keine Ausgabe kommt ohne Partizipationsaufrufe aus: Informationen zu Kundgebungen folgen auf Hinweise zu Unterschriftenaktionen, Spendenmöglichkeiten, Online-Protestaktionen und vielem anderen mehr. Diese Teilhabemöglichkeiten werden nicht nur neutral angeboten, ihre Nutzung wird eingefordert: Appelliert wird stets an den »normalen Bürger«, dessen Vernunft und Eigenverantwortlichkeit – so der Subtext – es ihm verbieten, die offensichtlichen Missstände nur zu erleben, vielmehr ist

84 Youtube-Kanal *Nawalny live*: www.youtube.com/channel/UCGxTPTFbIbCWfTR9I2-5SeQ (Zugriff vom 06.02.2018); 463.000 Abonnenten, 365.000 durchschnittliche Klicks der Sendungen Dezember 2017 bis Februar 2018.

Handeln das Gebot der Stunde.⁸⁵ Dies steigerte sich nach der Nichtzulassung Nawalnys zur Präsidentschaftswahl: In Reaktion auf die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission riefen Nawalny und sein Team zum Wahlboykott und zur Wahlbeobachtung auf. Letztere wird über die Website zu Nawalnys Kampagne koordiniert⁸⁶ und mag auch von dem Gedanken getragen sein, dass im Zuge der Parlamentswahlen 2011 die Wahlbeobachterinnen und -beobachter, die den Wahlbetrug aufdeckten und gegen die in den Wahllokalen teilweise gewaltsam vorgegangen wurde, für die Dynamik der damaligen Massenproteste eine zentrale Rolle spielten.⁸⁷ Der freiwillige Verzicht auf politische Mitwirkung durch die Präsidentschaftswahl, also eine selbstgewählte und kollektiv vollzogene Exklusion des Publikums, und der Rückzug auf eine öffentlich sichtbare Beobachterposition werden so zum letzten Mittel, um das Partizipationsangebot der Regierung zu delegitimieren. Forciert werden soll eine »echte« anstelle der lediglich fassadenhaften Berücksichtigung des Publikums durch die politische Führung.⁸⁸

Die Mechanismen der Aufklärung und Aktivierung attackieren frontal jene Prinzipien, auf die Putin seine hervorgehobene Position und speziell den Anspruch auf Vollinklusioin aller Bürgerinnen und Bürger Russlands allein durch seine Person stützt. Dies wird erstens deutlich, wenn man Nawalnys Kampagne auf den von Luhmann beschriebenen Kreislauf aus Politik, Verwaltung und Publikum bezieht, in dem das Publikum (die Wähler) die Art und Weise seiner Behandlung durch die Bürokratie der Politik zurechnet und in politischen Wahlen darauf reagiert.⁸⁹ Die Aufklärungskomponente der Kampagne zielt darauf, diesen Kreislauf an exakt jener Stelle zu kitten, an der Putin ihn durch seine zweifache Distanzierung von Verwaltung und Politik zu unterbrechen versucht. Vor allem korruptionsbedingte Missstände in der staatlichen Bürokratie und deren gesellschaftliche Konsequenzen sollen in den Augen des Publikums Putin und seinem politischen Apparat selbst zugeschrieben werden und entsprechende Reaktionen provozieren.

Zweitens verfolgt Nawalnys Kampagne ebenso wie Putin den Anspruch der Vollinklusioin – die Appelle an den »normalen« Bürger sprechen explizit alle an. Allerdings konfrontiert sie durch die gezielte Aktivierung des Publikums das politische Inklusionsangebot Putins mit seinem direkten Gegenpol: Der auf der Passivität des Einzelnen beruhenden, metaphysisch begründeten Einbindung des russischen Volkes als Kollektiv setzt Nawalny die (hyper)aktivistische, unmittelbar sichtbare und greifbare Inklusion der Bürgerinnen und Bürger als Individuen entgegen. Während Putin den russischen Bürgerinnen und Bürgern die Kompetenz jedes

85 Zur Unterscheidung von Handeln und Erleben vgl. Luhmann 1984, S. 124 f.

86 Siehe <https://2018.navalny.com/observer/> (Zugriff vom 02.03.2018); auf der Website finden sich unter anderem detaillierte Informationen zur Rechtsgrundlage von Wahlbeobachtung. Knapp 44.000 Wahlbeobachterinnen und -beobachter haben sich dort registriert (Stand: 2. März 2018).

87 Sygar 2015, S. 243 ff.

88 Russlandweite Kundgebungen am 28. Januar 2018 im Rahmen des »Wählerstreiks«; www.youtube.com/watch?v=EnBuZJ8TFo4 (Zugriff vom 06.02.2018).

89 Luhmann 2000, S. 257.

Einzelnen, die jeweiligen individuellen Interessen zu erkennen, zu artikulieren und sich politisch dafür einzusetzen, unter Verweis auf die verzerrende Einflussnahme des Auslands abspricht und sich selbst als wohlwollender Vormund inszeniert, spricht Nawalny sie den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur zu, sondern fordert sie geradezu ein und kanalisiert sie in seiner Kampagne. Durch diese, die längst keine Wahlkampagne im engeren Sinn mehr ist und auch über das offizielle Ende seiner Präsidentschaftskandidatur hinaus unbeirrt fort dauert, initiiert Nawalny einen von ihm selbst moderierten »Aufstand des Publikums«.⁹⁰ Er repräsentiert mit aller Kraft das »kontemplationsskeptische[.], aktivistische[.] Wertmuster der Moderne«, ⁹¹ das Selbstbestimmung zum Zentralwert erhebt und die Partizipation an Handlungszusammenhängen gegenüber der Beobachtung bevorzugt. Mit den deutlich vormodernen, zaristischen Zügen von Putins Form der Herrschaftslegitimation kollidiert dieses Wertmuster frontal.

6. Fazit

Nawalny ist es gelungen, sich als Gegner in einer politischen Ordnung zu etablieren, die sich maßgeblich über die Konstruktion von Feinden stabilisiert und keine Gegner toleriert. Sein Erfolg im Sinne anhaltender Sichtbarkeit und erzwungener Berücksichtigung seiner Person im politischen System erschüttert das Paradigma der Alternativlosigkeit Putins, das die Regierung als alleiniges Bewertungsschema zu zementieren versucht. Zu behaupten, dass das Regime Putins damit in Auflösung begriffen sei, wäre zweifellos übertrieben, aber Nawalny und seine Kampagne haben dem Bild, das die politische Führung von sich selbst und der russischen Gesellschaft zeichnet, tiefe Kratzer zugefügt, die sich nicht wegpolieren lassen. Die Art und Weise, wie sich Nawalny politisch positioniert und seine Kampagne vollzieht, reagiert dialektisch auf die Logik der Putin-Herrschaft: Sie schmiegt sich an sie an und bildet zugleich deren Gegenpol, weil sie dem politischen Publikum jene Inklusionsmöglichkeiten anbietet, die Putin ihm verwehrt. Längst ist rund um Nawalny und die Stiftung für Korruptionsbekämpfung weit mehr als eine Wahlkampagne entstanden: Ihre Aktivitäten verstetigen sich, weiten sich permanent um neue Inhalte und Formen aus, scheinen sich im Kleinen zu einer Art Parallelstruktur zur formalen Politik zu verdichten und stehen damit beispielhaft für eine (funktionierende) Form politischer Gegnerschaft im Kontext einer modernen Autokratie.

Individualisierung und Ermächtigung mittels eines expliziten Fokus auf die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger, die als mündige und handlungsfähige Individuen adressiert, über ihre Rechte aufgeklärt und mit konkreten Instrumenten ausgestattet werden, sind nicht zufällig die Grundprinzipien dieser Aktivitäten. Beobachtet man Nawalny und seine Kampagne im Horizont der russischen Zivilgesellschaft, wird deutlich, dass sich hier Wert- und Handlungsmuster manifestieren, die gegenwärtig vor allem auf der lokalen Ebene angesichts zunehmender poli-

90 Gerhards 2001.

91 Stichweh 2005 a, S. 35.

tischer Repression die Überlebensstrategien von Nichtregierungsorganisationen und anderen, häufig informalen zivilgesellschaftlichen Initiativen prägen. Auch sie tendieren dazu, ihre Aktivitätsschwerpunkte auf lokale, lebensweltliche Themen zu legen und über die gezielte Aktivierung Einzelner politisch zu wirken. Sie entwerfen sich allein als Transmissionsmechanismus für die Anliegen der Bevölkerung. Jenseits der Wertschätzung für das Individuum verzichten sie sowohl auf (ideologische) Wertebekennnisse als auch auf Attribute wie etwa »politisch« oder »oppositionell«. Ganz ähnlich wie im Fall Nawalnys zeigt sich auch hier, dass ausgerechnet diese Form vordergründiger Entpolitisierung den Organisationen Freiräume verschafft. In ihnen können sie sich nicht nur reproduzieren, sondern auf Umwegen ihre Adressierbarkeit in der politischen Kommunikation behaupten und dabei auf unterschiedliche Weise Positionen des Widerspruchs und der Kritik zur formalen Politik einnehmen.⁹² Sie trotzen der zunehmenden Repression unter Putin, indem sie unterhalb des immer dichterem Regulierungsnetzes und auch unterhalb der Putin'schen Politikrhetorik agieren und gerade so diese Ordnung teilweise unterminieren.

Begreift man Nawalny und seine Kampagne vor diesem Hintergrund als ein Destillat zivilgesellschaftlicher Anpassungs- und Überlebensstrategien, dann erscheint ihr Erfolg zwar weniger zufällig, aber deswegen nicht weniger bemerkenswert. Zudem deutet diese Form zivilgesellschaftlicher Verankerung an, dass das »Phänomen Nawalny« weder vorübergehend noch singulär ist. Sein Schatten fällt nicht nur auf die Präsidentschaftswahl 2018, bei der er präsent ist, ohne formal teilzunehmen, sondern dürfte in Begleitung vieler anderer kleinerer und größerer zivilgesellschaftlicher Schatten Putins vierte Amtszeit begleiten und weiterhin irritieren.

Literatur

- Bluhm, Katharina 2016. »Modernisierung, Geopolitik und die neuen russischen Konservativen«, in *Leviathan* 44, 1, S. 36-64.
- Case, Holly 2017. *The new authoritarians*. <https://aeon.co/essays/the-new-dictators-speak-for-the-complainer-not-the-idealist> (Zugriff vom 07.03.2017).
- Chadaev, Aleksej 2006. *Putin. Ego ideologija*. Moskau: Evropa.
- Čistov, Kirill V. 1998. *Der gute Zar und das ferne Land. Russische sozial-utopische Volkslegenden des 17.-19. Jahrhunderts*. Münster: Waxmann.
- Dollbaum, Jan Matti 2016. »When life gives you lemons: Alexei Navalny's electoral campaign«, in *Russian Analytical Digest* 210, S. 6-9.
- Gabowitsch, Mischa 2017. *Protest in Putin's Russia*. Cambridge: Polity Press.
- Gerhards, Jürgen 2001. »Der Aufstand des Publikums. Eine systemtheoretische Interpretation des Kulturwandels in Deutschland zwischen 1960 und 1989«, in *Zeitschrift für Soziologie* 30, 3, S. 163-184.
- Gerschewski, Johannes et al. 2013. »Warum überleben Diktaturen?«, in *Autokratien im Vergleich. Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 47, hrsg. v. Kailitz, Steffen; Köllner, Patrick, S. 106-131. Baden-Baden: Nomos.
- Greene, Samuel A. 2014. *Moscow in movement. Power and opposition in Putin's Russia*. Stanford: Stanford University Press.

92 Vgl. dazu Moser, Skripchenko 2018.

- Guriey, Sergei; Treisman, Daniel 2015. *How modern dictators survive: an informational theory of the new authoritarianism*. Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Hans, Julian 2018. »Das Rauschmittel der Propaganda wirkt«, in *Süddeutsche Zeitung* vom 20. Februar 2018, S. 1.
- Horvath, Robert 2011. »Putin's ›preventive counter-revolution‹: post-Soviet authoritarianism and the spectre of velvet revolution«, in *Europe-Asia Studies* 63, 1, S. 1-25.
- Ioffe, Julia 2013. *The most dangerous blogger in the world*. <https://newrepublic.com/article/113929/aleksei-navalny-trial-blogger-gets-five-years-jail> (Zugriff vom 15.03.2018).
- Kašin, Oleg 2017. *Začistka štabov Naval'nogo. Počemu izmenilos' povedenie vlasti?* <https://newrepublic.ru/posts/84782> (Zugriff vom 02.01.2018).
- Knight, Amy 2017a. »The Magnitsky affair«, in *The New York Review of Books* LXV, 3, S. 25-27.
- Knight, Amy 2017b. *Navalny, anti-Rutabaga candidate*. www.nybooks.com/daily/2017/10/12/navalny-anti-rutabaga-candidate/ (Zugriff vom 15.03.2018).
- Laruelle, Marlene 2014. »Alexei Navalny and challenges in reconciling ›nationalism‹ and ›liberalism‹«, in *Post-Soviet Affairs* 30, 4, S. 276-297.
- Lazarev, Anatolij 2017. *Kommissija Soveta Federacii po zaštite gosudarstvennogo suvereniteta predstavila rezultaty svoej raboty*. www.1tv.ru/news/2017-09-25/333255-komissiya_soveta_federatsii_po_zaschite_gosudarstvennogo_suvereniteta_predstavila_rezultaty_svoey_raboty (Zugriff vom 15.03.2018).
- Linz, Juan J. 1975. »Totalitarian and authoritarian regimes«, in *Handbook of political science. Band 3: Macropolitical theory*, hrsg. v. Greenstein, Fred I.; Polsby, Nelson W., S. 175-411. Reading: Addison-Wesley.
- Ljubownikow, Sergei; Crotty, Jo 2015. »Managing boundaries: the role of non-profit organizations in Russia's managed democracy«, in *Sociology* 51, 5, S. 940-956.
- Luhmann, Niklas 1984. *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas 1997. *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas 2000. *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mislivskaja, Galina 2017. *Ne nado vmešiva'tja*. <https://rg.ru/2017/06/14/v-sovfede-sozdali-komissiiu-po-zashchite-suvereniteta-rossii.html> (Zugriff vom 15.03.2018).
- Mommsen, Margareta 2006. »Surkows ›Souveräne Demokratie‹ – Formel für einen russischen Sonderweg?«, in *Russlandanalysen* 114, S. 2-4.
- Moser, Evelyn 2015. *Postsowjetische Transformationen in der Weltgesellschaft. Politische Dezentralisierung und wirtschaftliche Differenzierung im ländlichen Russland*. Bielefeld: transcript.
- Moser, Evelyn; Skripchenko, Anna 2018. »Russian NGOs and their struggle for legitimacy in the face of the ›Foreign Agents‹ law: surviving in small ecologies«, in *Europe-Asia Studies* 70, 4, S. 591-614.
- Mouffe, Chantal 2000. *The democratic paradox*. London: Verso.
- Nassehi, Armin 2002. »Überraschte Identitäten. Über die kommunikative Formierung von Identitäten und Differenzen nebst einigen Bemerkungen zu theoretischen Kontexturen«, in *Transitorische Identität. Der Prozesscharakter des modernen Selbst*, hrsg. v. Straub, Jürgen; Renn, Joachim, S. 211-237. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Puddington, Arch 2017. *Breaking down democracy: goals, strategies, and methods of modern authoritarians*. Washington: Freedom House.
- Robertson, Graeme B. 2009. »Managing society: protest, civil society, and regime in Putin's Russia«, in *Slavic Review* 68, 3, S. 528-547.
- Schmid, Ulrich 2015. *Technologien der Seele. Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartskultur*. Berlin: Suhrkamp.
- Širjaev, Evgenij; Mineeva, Julija 2016. *'Naval'nogo možno ostanovit' tysjačej sposobov. No teper' vse oni – bol'saja politika': Eksperty kommentirujut dosročnoe namerenie oppozitsionogo politika vydvigat'sja v prezidenty Rossii*. www.novayagazeta.ru/articles/2016/12/13/70893-navalnogo-mozhno-ostanovit-tysyachyu-sposobov-no-teper-vse-oni-bolshaya-politika (Zugriff vom 15.03.2018).
- Smirnov, Dmitrij 2017. *Putin našel novyj 'knut' dlja gubernatorov*. www.alt.kp.ru/daily/26701/3725947/ (Zugriff vom 15.03.2018).

- Stanovaja, Tat'jana 2017. *Vne vyborov. Pjat' principov kampanii Vladimira Putina*. <https://rep.ublic.ru/posts/88100> (Zugriff vom 06.12.2017).
- Stichweh, Rudolf 2005 a. »Inklusion in Funktionssysteme der modernen Gesellschaft«, in *Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie*, hrsg. v. Stichweh, Rudolf, S. 13-44. Bielefeld: transcript.
- Stichweh, Rudolf 2005 b. »Zur Theorie der politischen Inklusion«, in *Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie*, hrsg. v. Stichweh, Rudolf, S. 67-81. Bielefeld: transcript.
- Stichweh, Rudolf 2009. »Leitgesichtspunkte einer Soziologie der Inklusion und Exklusion«, in *Inklusion und Exklusion: Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit*, hrsg. v. Stichweh, Rudolf; Windolf, Paul, S. 29-42. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sygar, Michail 2015. *Endspiel. Die Metamorphosen des Wladimir Putin*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Torke, Hans-Joachim 1999. »Michail Fedorovič«, in *Die russischen Zaren 1547-1917*, hrsg. v. Torke, Hans-Joachim, S. 91-107. München: C. H. Beck.
- Tretjakov, Vitalij 2005. *Nužen li nam Putin nosle 2008 goda?* <https://rg.ru/2005/06/23/prezident.html> (Zugriff vom 15.03.2018).
- U.S. Senate Committee on Foreign Relations 2018. *Putin's asymmetric assault on democracy in Russia and Europe: implications for U.S. National Security*. Washington: U.S. Government Publishing Office.
- Wischermann, Jörg 2013. »Zivilgesellschaften als Stütze autoritärer Regime. Das Fallbeispiel Vietnam«, in *Autokratien im Vergleich. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47*, hrsg. v. Kailitz, Steffen; Köllner, Patrick, S. 324-353. Baden-Baden: Nomos.

Zusammenfassung: Im Vorfeld der russischen Präsidentschaftswahl im März 2018 gelang dem russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalny ein Überraschungserfolg: Gegen alle Widerstände führte er einen beeindruckend professionellen Wahlkampf und mobilisierte eine beachtliche und für die Regierung nicht zu ignorierende Anhängerschaft. Der Aufsatz fragt nach den Bedingungen von Nawalys Erfolg, der sich als ein Lehrstück für die Formen und Mechanismen politischer Inklusion in einem modernen autokratischen Regime lesen lässt. Mittels des systemtheoretischen Inklusionsbegriffs (Luhmann, Stichweh) und der Gegner-Feind-Unterscheidung Mouffes wird der politische Werdegang Nawalys im Kontext des Putin-Regimes, das auf den Kernprinzipien der Idee nationaler Souveränität und passiver Vollinklusion fußt, rekonstruiert. Innerhalb dieser politischen Ordnung, die auf Gegnervermeidung ausgerichtet ist, konnte Nawalny sich als Gegner Putins positionieren, weil er sich mit seiner Kampagne inhaltlich an Putins Politik anschmiegte, dabei ideologische Kollisionen vermied und so die Möglichkeiten der politischen Führung zur Gegenwehr einschränkte. Im dadurch entstehenden Spielraum attackiert Nawalys Kampagne die Prinzipien der Putin-Herrschaft auf operativer Ebene, indem sie Putins Sonderstellung durch Aufklärung unterläuft und Nawalny als aktivistische Alternative zu Putins passiver Form der Publikumsinklusion positioniert.

Stichworte: politische Soziologie, Inklusion, Russland, Autokratie

Activist attack. Nawalny, Putin, and the possibility of political opposition in a modern autocracy

Summary: Prior to the Russian presidential election in March 2018, the opposition politician Aleksej Nawalny was unexpectedly successful: In spite of all attempts of suppression, he ran a remarkably professional election campaign and managed to mobilize a considerable constituency which the government can no longer ignore. The essay investigates the reasons for Nawalny's success, which can be regarded as a lesson on the forms and mechanisms of political inclusion in a modern autocracy. Drawing on the notion of inclusion stemming from sociological systems theory (Luhmann, Stichweh) and on the distinction between adversaries and enemies (Mouffe), it reconstructs Nawalny's political career in the context of the Putin regime, which is based on two core principles – the idea of national sovereignty and the passive inclusion of all citizens in the person of Putin. Within this political regime which does not tolerate adversaries, Nawalny managed to position himself as Putin's adversary, since his campaign adapted itself to the content of Putin's policies, avoided ideological clashes, and thus strongly limited the government's ability to counterattack. This created margins which allowed Nawalny to attack on the operative level the core principles underlying Putin's regime: He thwarted Putin's unique position by enlightening and offering his audience an activist alternative to the passive form of political inclusion provided by the Putin regime.

Keywords: political sociology, inclusion, Russia, autocracy

Autorin

Evelyn Moser
Universität Bonn
Forum Internationale Wissenschaft
Abteilung Demokratieforschung
Heussallee 18-24
53113 Bonn
emoser@uni-bonn.de